



## **Supreme Court plant TikTok-Verbot wegen nationaler Sicherheitsbedenken**

Der Oberste Gerichtshof deutet an, dass er das umstrittene TikTok-Verbot aufgrund nationaler Sicherheitsbedenken bestätigen könnte. Erfahren Sie mehr über die wichtigsten Argumente und deren Bedeutung.

Ein Großteil des Obersten Gerichtshofs der USA scheint geneigt zu sein, ein umstrittenes Verbot von TikTok aufgrund seiner Verbindungen zu China aufrechtzuerhalten. Während einer mehr als zweistündigen mündlichen Anhörung stellten die Richter den Anwälten der Social-Media-App und einer Gruppe von Inhaltsanbietern gezielte Fragen.

### **Hintergrund des Verbots**

In den Anhörungen zeigte sich, dass viele Richter das von Kongress im April genehmigte Gesetz, das den Verkauf oder das Verbot der App vorschreibt, nicht primär als eine Angelegenheit des Ersten Verfassungszusatzes betrachten. Vielmehr sehen sie es als einen Versuch, die potenzielle ausländische Kontrolle über eine App zu regulieren, die von 170 Millionen Amerikanern genutzt wird.

### **Geplante Umsetzung des Gesetzes**

Das Gesetz, das die Aktivitäten der App in den Vereinigten Staaten einschränken würde, falls das chinesische Mutterunternehmen ByteDance sich nicht von der Plattform trennt, soll am 19. Januar in Kraft treten, es sei denn, das Gericht entscheidet sich, es vorübergehend zu blockieren. Eine

Entscheidung über das Inkrafttreten könnte bald erfolgen, bevor die Richter grundlegende Fragen zu den Rede- und Meinungsfreiheiten klären.

## **Bedenken der Präsidenten**

Zwei Präsidenten – Donald Trump und Joe Biden – äußerten in der Vergangenheit Bedenken hinsichtlich der Inhaltsmanipulation auf der Plattform und der Datensammelpraktiken. TikTok argumentiert, diese Bedenken seien spekulativ und wehrte sich gegen die Behauptung, die chinesische Regierung spiele eine Rolle bei der Auswahl der Katzenvideos, Rezepte und Nachrichten, die Millionen von Amerikanern auf der App sehen.

## **Kernpunkte der Anhörung**

Hier sind die wichtigsten Erkenntnisse aus den mündlichen Argumenten vom Freitag:

### **Roberts äußert Zweifel am Ersten Verfassungszusatz**

Die Richter aus verschiedenen ideologischen Lagern äußerten Zweifel daran, dass das TikTok-Verbot den Ersten Verfassungszusatz berührt. Dies ist ein schlechtes Zeichen für TikTok, da das Unternehmen beweisen müsste, dass der Erste Verfassungszusatz in diesem Fall gilt und dass das Gesetz diese Anforderungen nicht erfüllt. In einem Austausch mit einem Anwalt der App-Nutzer sagte Chief Justice John Roberts, dass der Kongress mit der Verabschiedung des Gesetzes „zufrieden mit dem Ausdruck“ war. „Sie sind nicht zufrieden mit einem ausländischen Gegner, den sie als solchen festgestellt haben, der Informationen über die 170 Millionen TikTok-Nutzer sammelt“, sagte er.

### **Kavanaugh betont nationale Sicherheitsbedenken**

Traditionell hat der Oberste Gerichtshof den anderen Regierungszweigen in Fragen der nationalen Sicherheit den Vorzug gegeben. Aus diesem Grund konzentrierte sich Solicitor General Elizabeth Prelogar während ihrer Argumentation stark auf dieses Thema. „Seit Jahren versucht die chinesische Regierung, detaillierte Profile über Amerikaner zu erstellen – wo wir leben und arbeiten, wer unsere Freunde und Kollegen sind, was unsere Interessen und Schwächen sind“, erklärte Prelogar schließlich vor dem Obersten Gerichtshof.

## **Bedenken der Richter Gorsuch und Kagan**

Justice Neil Gorsuch schien während der gesamten Argumentation am besorgtesten über das Verbot. „Gehen wir nicht normalerweise davon aus, dass die beste Lösung für problematische Äußerungen Gegenausdrücke sind?“ fragte Gorsuch. Er verwies auf den Vorschlag von TikTok, dass der Kongress Warnhinweise für die Plattform in Betracht ziehen sollte, anstatt ein vollständiges Verbot auszusprechen. „TikTok“, wies Gorsuch hin, „sagte, es könnte sogar mit einem Haftungsausschluss auf seiner Website leben, der besagt, dass dies heimlich von China manipuliert werden kann.“ In einem Gericht, das über mehrere Jahrzehnte hinweg die Rechte des Ersten Verfassungszusatzes konsequent ausgeweitet hat, äußerte Gorsuch Bedenken gegenüber der Theorie der Regierung, dass diese Schutzmaßnahmen hier nicht einmal gelten.

Details

**Quellen**

• [edition.cnn.com](https://edition.cnn.com)

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://die-nachrichten.at)**